

## Medieninfo

# Bundesminister Polaschek und Lehrervertreter Kimberger präsentieren umfassendes Entlastungspaket zur Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen

## Neues Maßnahmenpaket: 80 Mio. Euro zur Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern & Schaffung der neuen Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft an Pflichtschulen

Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung:

„Wir leben als Gesellschaft in einer Zeit, in der wir mit vielerlei Herausforderungen konfrontiert sind, die auch vor unseren Schulen keinen Halt machen. Diese betreffen vor allem den demografischen und digitalen Wandel, Künstliche Intelligenz, genauso wie die Themen Familiennachzug, Integration und Inklusion. Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten auch vor diesem Hintergrund jeden Tag Großartiges. Allerdings sorgen Herausforderungen wie diese dazu, dass der Verwaltungs- und Organisationsaufwand an Schulen wächst. Unser Ziel ist es, Pädagoginnen und Pädagogen ausreichend zu entlasten, damit sie sich wieder stärker auf den Unterricht und die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern konzentrieren können. Mit einem umfangreichen Entlastungspaket, das zahlreiche Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen enthält, schaffen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung“.

Nach mehreren Verhandlungsrunden zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) und der Lehrerinnen- und Lehrgewerkschaft, konnte ein umfassendes Entlastungspaket zur Entlastung von Pädagoginnen und Pädagogen geschnürt werden. Das Entlastungspaket 2024 umfasst insgesamt zehn konkrete Maßnahmen, die die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleitungen einerseits entlasten sollen und andererseits die Qualität an den Schulen weiter verbessern werden.

Darin enthalten ist unter anderem die Schaffung der neuen Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft an Pflichtschulen. Denn während alle Bundesschulen über administratives Personal verfügen, mussten bis dato an Volksschulen, Mittelschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen organisatorische, administrative und koordinative Tätigkeiten von den Schulleitungen wahrgenommen werden. Mit dem neuen Entlastungspaket wird dieses Ungleichgewicht beseitigt. Durch diese zusätzlichen

personellen Ressourcen und die Schaffung von Stunden für Administratorinnen und Administratoren an Pflichtschulen werden Schulleitungen und Lehrkräfte künftig bei Aufgaben wie der Planung der Unterrichtsorganisation (Erstellung Stundenplans, Einsatz von Lehrkräften, Fächereinteilung, Aufsichten, usw.) und bei der Kommunikation mit Schulpartnern, Eltern und Behörden wie beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines Pilotprojekts, für das bis 2026 rund 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Mit den neuen Maßnahmen gehen wir den von Herrn Bundesminister Polaschek eingeschlagenen Weg zur Entlastung konsequent in Richtung Weiterentwicklung des Schulmanagements weiter. Die pädagogisch-administrativen Fachkräfte BMBWF sind dazu ein weiterer wichtiger Baustein und treten zu den schon geschaffenen bis zu 750 Stellen für Schulsekretariate und bis zu 240 Stellen für psychosoziale Entlastung hinzu.

Als weiteren Punkt ist in dem Entlastungspaket eine größere Anerkennung der Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschförderklassen in der Primarstufe enthalten. So ist als erster Schritt eine Zulage in der Höhe von 75 Euro pro Monat im alten Dienstrecht vorgesehen bzw. eine Einrechnung der Tätigkeit in die 23. und 24. Stunde im neuen Dienstrecht im Ausmaß von einer Stunde. Bis dato haben Lehrerinnen und Lehrer dafür keine Zulage erhalten bzw. war eine Einrechnung nicht möglich.

Des Weiteren werden im Rahmen des Entlastungspakets 2024 zusätzliche Ressourcen zur Verbesserung bei Administratorinnen und Administratoren im Bereich der AHS und BMHS zur Verfügung gestellt. Damit schaffen wir zusätzliche Entlastung an kleinen und besonders großen Standorten die bisher nicht möglich war.

Paul Kimberger, Bundesvorsitzender der Lehrgewerkschaft sagt: „Das Ziel dieses Entlastungspakets für unsere Schulen ist, Konzentration auf Pädagogik statt zeitraubender Bürokratie! Das Ergebnis zeigt, dass es uns gemeinsam mit dem Bildungsministerium gelungen ist, gutes Paket zu schnüren, das neben vielen wichtigen organisatorischen Verbesserungen auch zusätzliche Ressourcen für unsere Schulen enthält.“

Außerdem enthalten im Entlastungspaket 2024 ist die Verbesserung des SPF-Verfahrens, also des Verfahrens zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Dieses soll zeitlich und inhaltlich gestrafft und bundesweit vereinheitlicht werden. Ein weiterer Entlastungsschritt geschieht durch eine gezielte Digitalisierung im Verwaltungsbereich, wodurch zentrale Prozesse vereinfacht werden. So soll künftig die händische Eingabe von Schülerinnen und Schülerdaten bei einem Schulwechsel entfallen und eine elektronische Ausstellung von Zeugnissen und Schulnachrichten ermöglicht werden. „Wir schaffen damit also die Grundlage für ein Finanzonline für die Schulverwaltung“, so Bundesminister Polaschek.

Durch verschiedene Maßnahmen, die den Bereich der Kommunikation betreffen, wird außerdem für einen unkomplizierten und raschen Informationsfluss zwischen dem BMBWF, den Bildungsdirektionen und den Schulen gesorgt.

Die Maßnahmen sind zum Teil im Erlassweg umsetzbar, zum Teil sind gesetzliche Änderungen notwendig, die nun mit Nachdruck diskutiert und umgesetzt werden.